

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

in diesem Monat tagt das niedersächsische Landesparlament vom 18.-19. März. Begonnen hat die Plenarwoche bereits am Mittwoch mit einer Unterrichtung unseres Ministerpräsidenten Stephan Weil zum Masterplan Ems 2050. Auch Wirtschaftsminister Olaf Lies hat sich gestern zum Missbrauch von Werkverträgen geäußert. Im Besonderen fordert er schärfere Kontrollen von Zoll über Steuerfahndung bis zur Gewerbeaufsicht um die neue Gesetzeslage umsetzen zu können. Ebenfalls auf der Tagesordnung steht wiederholt die Explosion der Chemiefabrik in Ritterhude sowie das Thema Wölfe in unserem Bundesland.

Ich wünsche Ihnen und Euch auf diesem Wege ein schönes Osterfest.

Ihr und Euer

Axel Brammer

Im Fokus: Masterplan Ems 2050

Um die Wasserqualität der Ems bis zum Jahr 2050 zu verbessern und den Wirtschaftsstandort Emsland zu sichern, haben Landesregierung, Kommunen und Naturschutzverbände an diesem Plan gearbeitet. Der Landkreis Emsland und die Stadt Emden haben dem Masterplan Ems bereits zugestimmt.

Sollte der Masterplan Ems scheitern, würde die Landesregierung laut des Wirtschaftsministeriums vor mehreren Problemen stehen. Zum einen würde der Bundesrepublik Deutschland eine Strafzahlung an die Europäische Union drohen. Diese hatte bereits vor 15 Jahren die Wasserrahmenrichtlinie erlassen, welche die Mindeststandards für die Wasserqualität setzt. Die Ems erfüllt diese Vorgaben nicht. Deshalb sieht sich das Land Niedersachsen zum Handeln gezwungen. Mögliche Strafzahlungen würde sich der Bund vom Land Niedersachsen zurückholen.

Sollte der Masterplan nicht umgesetzt werden, sind Klagen der Naturschutzverbände zu erwarten. Diese könnten wieder gegen den Emsstau und damit gegen die Überführungen von Schiffen der Meyer Werft klagen. In dem Masterplan verpflichten sich die Umweltverbände, auf Klagen zu verzichten. Scheitert der Masterplan Ems, so ist der Werft-Standort Papenburg in Gefahr.

Der Masterplan Ems soll bis zum Jahr 2050 umgesetzt werden. Zur Begleitung und Umsetzung der einzelnen Projektschritte werden ein Lenkungskreis Ems und eine Geschäftsstelle Ems eingerichtet. Dort sollen alle geplanten Maßnahmen koordiniert und alle fünf Jahre ein Statusbericht verfasst werden.

Kurz notiert: Einwanderung zukunftsfähig gestalten

Eine Willkommenskultur schaffen und zugleich dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Diese Ziele stehen im Mittelpunkt eines Antrages von SPD und Grünen zur Flüchtlingspolitik. Zugleich wendet sich der Antrag an die Bundesregierung um zeitnah einen Entwurf eines modernen Einwanderungsgesetzes vorzulegen und sich an den Kosten zur Unterbringung von Asylsuchenden zu beteiligen.

Die Flüchtlingskonferenz des Innenministers hat hierzu bereits den gemeinsamen Weg mit Kommunen, Gewerkschaften, Kirchen, Fraktionen, Wohlfahrtsverbänden und nicht zuletzt Ehrenamtlichen geebnet.